

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Eurokrise und internationale Finanzkrise – Die Finanzialisierung der Wirtschaft als politische Herausforderung für Europa
- Elke Schenk **15** EU und Euro in der Krise – Perspektiven für ein anderes Europa?
- Max Danzmann **24** Stabilisierung des Euro durch Vollgeld?
- Eckhard Behrens **33** Staatliches Nebengeld – Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann
- Helmut Woll **41** Ernst Friedrich Schumacher – ein Prophet der Mittleren Technologie
- Dieter Suhr † **49** Grundrechte gegen die Natur – Haftung für Naturgüter?
- 64** Bücher
- 79** 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

Staatliches Nebengeld

Damit Griechenland im Euroraum bleiben kann

Eckhard Behrens *

Schon seit vielen Jahren stehen Griechenland und andere Mitgliedstaaten der Eurozone vor der großen Aufgabe, die Wirtschaft zu reformieren und den Staatshaushalt zu sanieren. Von Anfang an war absehbar, dass sie diese Aufgaben bei rückläufigem Inlandsprodukt nicht bewältigen können. Das „Seminar für freiheitliche Ordnung“ hat 2012 in einem Positionspapier dargelegt, dass nur ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel von Schuldenerlass, einer geldpolitischen Innovation und Strukturreformen einen nachhaltigen wirtschaftspolitischen Erfolg herbeiführen kann (Sff0, 2012). Inzwischen ist keine durchschlagende Besserung eingetreten. Nur der Druck der Schulden wurde gemildert. Sie bestehen kaum noch gegenüber privaten, sondern vorwiegend gegenüber staatlichen Gläubigern; sie wurden zeitlich gestreckt, sind aber in der Gesamtsumme demotivierend gestiegen. Die Euro-Inflationsrate, die im Herbst 2011 noch bei 3% lag, ist wesentlich niedriger als beim Beginn der Krise, was zu deren Verstetigung wesentlich beigetragen hat (Behrens, 2016) und die Strukturreformen lassen zu wünschen übrig. Kein Wunder, dass die Stimmen nicht verstummen wollen, die dem Projekt des Euro von Anfang an ein Scheitern vorausgesagt haben (Stiglitz, 2016). Diese Stimmen müssen nicht Recht behalten. Das soll dieser Aufsatz zeigen.

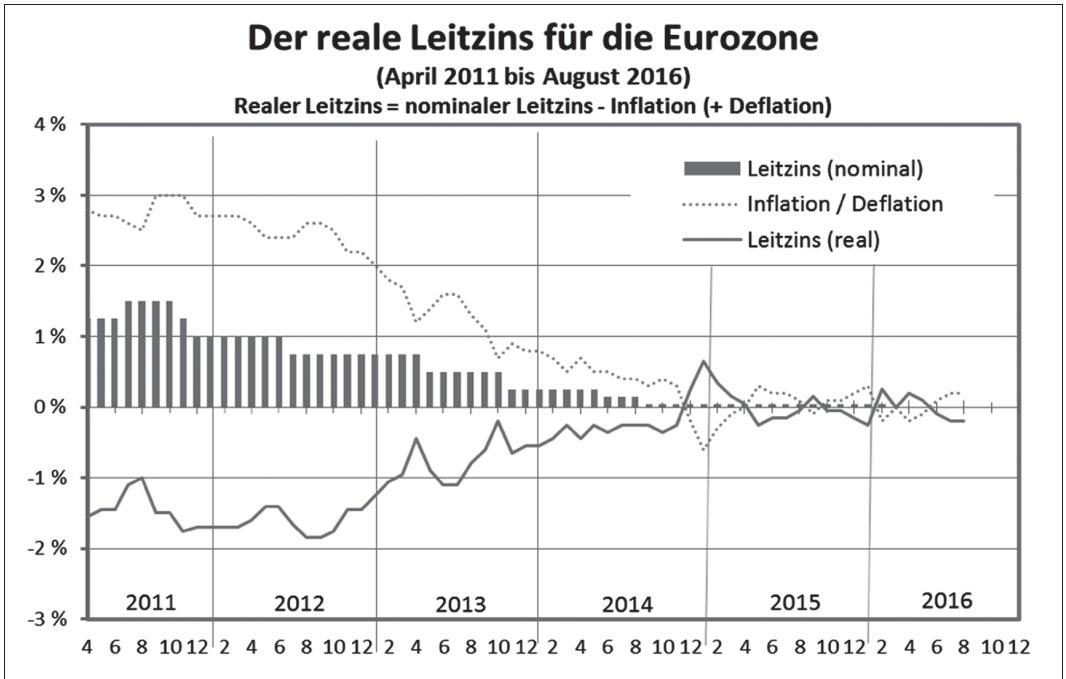
Für radikale Strukturreformen des Haushalts und der Wirtschaft fehlen bei sinkender Beschäftigung die demokratischen Mehrheiten. Äußerer Druck hat erwartungsgemäß zu politischem Chaos geführt, so dass die unerlässlichen Reformen nicht im notwendigen Umfang durch-

gesetzt werden konnten. Selbst wenn das gelungen wäre, würden sie nicht kurzfristig, sondern nur langfristig ökonomisch Früchte tragen. So viel Zeit hatten und haben diese Staaten nicht. Trotzdem hat die Gemeinschaft der Euro-Staaten mit ihrem einseitigen Politikansatz viel Zeit verthan und hohe finanzielle Risiken übernommen, ohne in den Krisenländern den erhofften Aufschwung zu bewirken. Griechenland und andere Problemstaaten brauchen eine rasch steigende Beschäftigung bei der gegebenen Infrastruktur und der gegebenen Produktivität. Dann werden die Zuversicht der Bürger und die Steuereinnahmen wieder steigen; Strukturreformen sind dann leichter demokratisch umsetzbar und führen zu mittel- und langfristig steigender Produktivität und zu weiterem Wachstum. Wer mit Strukturreformen beginnt, zäumt das Pferd vom Schwanz her auf; erfahrungsgemäß wird es dann wild. Am Anfang muss eine Konjunkturpolitik stehen, die auf Vollbeschäftigung zielt.

Traditionelle Konjunkturpolitik am Ende

Bisher wird die Binnenkonjunktur üblicherweise durch eine Ausweitung der Staatsnachfrage angeregt, die durch die Aufnahme zusätzlicher Schulden finanziert wird. Dieser Weg ist weder in den Krisenstaaten noch in vielen anderen Staaten der Welt weiterhin gangbar, weil die Staatsschulden schon jedes vernünftige Maß überschritten haben (Japan, USA, Eurozone insgesamt, aber auch Deutschland). Entweder es werden andere Wege der Konjunkturpolitik gefunden oder es gibt künftig überhaupt keine Konjunkturpolitik mehr. Das Ende aller Konjunkturpolitik würde bedeuten, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dem freien Spiel der ökonomischen Kräfte zu überlassen. Sie wird dann

* Dieser Aufsatz ist eine Fortschreibung meines Aufsatzes „Staatliches Nebengeld – Ein Weg aus dem Dilemma der Konjunkturpolitik“ (Behrens, 2012).



Der Euro-Leitzins ist – real betrachtet – erheblich gestiegen. Das war nicht konjunkturgerecht.

weiterhin stark schwanken. Wenn sie zu gering ist, gibt es einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb, bei dem viele Unternehmen im Konkurs und viele Menschen in der Langzeitarbeitslosigkeit und damit in der Dequalifizierung landen und nur noch mit dauernden Transferleistungen am Leben gehalten werden können.

Entsprechendes ist zu beobachten, wenn die weltwirtschaftliche Gesamtnachfrage nicht ausreicht; dann kämpfen die Nationen um Weltmarktanteile; ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ gibt den Ausschlag; die einen gewinnen, was andere verlieren; es reicht eben nicht für alle. Sicherer wird die Welt so nicht. Dieses Problem ist auch mit internationalen Transferzahlungen nicht wirklich beherrschbar, schon allein, weil dafür in den potentiellen Geberländern keine demokratischen Mehrheiten zu gewinnen sind.

Im Kampf um Weltmarktanteile wird der Export durch Senkung der Lohnstückkosten gefördert, die auf Produktivitätsfortschritten, aber auch auf Lohnzurückhaltung beruhen. Deutschland ist diesen harten Weg im letzten Jahrzehnt gegangen,

war aber nur deshalb erfolgreich, weil andere versäumten, ihn zu beschreiten. Würden ihn alle gleichzeitig gehen, wäre auch Deutschland nicht so erfolgreich. Für die Welt im Ganzen ist eine solche ökonomische Strategie genau so wenig sinnvoll wie ein Abwertungswettlauf. Bekanntlich kann bei nationaler Währung der Export notfalls durch Abwertungen künstlich gefördert werden, solange nicht alle Länder denselben Weg beschreiten. Eine Abwertung stellt die Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten scheinbar schlagartig wieder her, in Wahrheit aber nicht aufgrund echter besserer Leistungen, sondern nur aufgrund von Neubewertungen gleichbleibender Leistungen und daher nur vorübergehend und zu Lasten von Abwertungsverlierern, über die niemand redet.

Die Leistungskraft aller entfalten

Die Welt ist am Ende solcher gesamtwirtschaftlicher Scheinlösungen angekommen. Im Zeitalter der Globalisierung reicht es nicht mehr, die Pro-

bleme auf andere zu verlagern, statt sie vor Ort zu lösen. Erst wenn dies ganz ernst genommen wird, wird die Suche nach anderen Lösungen beginnen. Diese dürfen nie zulasten anderer gehen; der Grundansatz der Sozialen Marktwirtschaft ist ein brüderlicher.

Die Entfaltung der Leistungskraft aller ist möglich, wenn die Gesamtnachfrage groß genug ist, das Angebot aufzunehmen; sie darf nie hinter ihm zurückbleiben. Nur dann werden alle Arbeitswilligen beschäftigt. In der Marktwirtschaft gelten für die Gesamtwirtschaft andere Gesetze als für die Einzelmärkte. Auf den Einzelmärkten darf die Nachfrage der Konsumenten hinter dem Angebot der Produzenten zurückbleiben; das kann ebenso zu Entlassungen von Arbeitskräften führen wie überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte. In der Gesamtwirtschaft müssen Nachfragerückgänge auf einigen Einzelmärkten ausgeglichen werden durch Nachfragezuwächse auf anderen Einzelmärkten. Die Erhöhung und Verstetigung der Gesamtnachfrage kann heute nur noch mit geldpolitischen Instrumenten angegangen werden.

Dazu gehört – ein unbequemer Gedanke – eine stabilisierte Inflationsrate in ausreichender Höhe. Das wurde bisher nur diskutiert, um die Nullzins-schranke mit negativen Realzinsen zu überwinden. Diese Diskussion (Mankiw, 2009; Blanchard, 2010) kommt gerade wieder in Schwung durch den Präsidenten der Federal Reserve Bank of San Francisco (Williams, 2016) und die Reaktion der Präsidentin der Federal Reserve, Janet Yellen, in Jackson Hole (Yellen, 2016). Darüber hinaus kann jedoch die private Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen (Konsum- und Investitionsgütern) durch gefühlte Inflation angeregt werden. Es geht nicht darum, Nachfrage aus dem Nichts zu schaffen, sondern darum zu gewährleisten, dass alle Geldeinkommen wieder auf dem Markt erscheinen. Die heutigen Inflationsziele der Notenbanken sind dafür zu niedrig; die Notenbanken gehen richtigerweise davon aus, dass stabile Inflationsraten unter 2 % noch als Geldwertstabilität empfunden werden. Aber bei Geldwertstabilität besteht für die Geldeinkommensbezieher und Geldvermögensbesitzer kein Handlungsdruck; sie können Konsum- und Anlageentschei-

dungen verlustlos zeitlich verschieben; auch wenn sie dies nur im niedrigen einstelligen Prozentbereich tun, schwankt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unvorhersehbar – mit allen Folgen für die moderne just-in-time-Produktion. Bei gefühlter Inflation verhalten sich die Geldbesitzer anders, denn sie rechnen mit sicheren Verlusten in Höhe ihrer Inflationserwartungen, falls sie zuwarten. Weil morgen alles teurer sein wird, erscheint es jedem Käufer heute noch billig. Die Sparer, die ihr Geld anlegen, suchen in der Höhe der Zinsen einen Ausgleich für die erwartete Inflation und legen ihr Geld daher eher mittel- und langfristig als nur kurzfristig an und ersparen den Banken damit manchen Klimmzug zur Fristentransformation. Das erleichtert den Banken die Bereitstellung von Handels- und Industriekrediten (Behrens, 2010).

Die gesamtwirtschaftlich wünschenswerten Verhaltensänderungen der Geldeinkommensbezieher und Geldvermögensbesitzer werden bei stabilen Inflationserwartungen kein Strohfeuer, sondern nachhaltig sein, also die Konjunkturschwankungen beseitigen, die bei erwarteter Geldwertstabilität seit jeher zu beobachten sind. Inflationsraten und -erwartungen von „unter, aber nahe 5 %“ sind dafür ausreichend (Behrens, 2004), weil sie schon als Inflation und nicht mehr als Geldwertstabilität wahrgenommen („gefühlt“) werden; schließlich verdoppeln sich die Preise (und Einkommen) im Durchschnitt innerhalb von knapp 15 Jahren. Beim Inflationsziel der Notenbanken (z.B. der EZB: „unter, aber nahe 2 %“) tritt die Verdoppelung erst innerhalb von 35 Jahren ein und wird deshalb vom Normalverbraucher vernachlässigt. Das konjunkturpolitische Konzept besteht darin, durch angekündigte stabile Inflationsraten die von der Notenbank ausgegebene Geldmenge voll nachfragewirksam zu machen, damit die Gesamtnachfrage trotz zurückgehender (!) Staatsnachfrage einen steigenden Beschäftigungsstand hervorruft. Bei dauernd stabiler Binnenkonjunktur entfällt die Versuchung, die Wechselkurse als Instrument künstlicher Exportförderung einzusetzen. Sie dienen nur noch dem Zahlungsbilanzausgleich.

Andere Geldpolitik, aber ohne die EZB

Die EZB-Geldpolitik wird sich nicht in der hier vorgeschlagenen Richtung ändern, weil sie vertraglich auf Geldwertstabilität verpflichtet ist. Diese Rechtsgrundlage ist nur in einem ganz großen Konsens zu ändern, mit dem auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist. Auch das Vorbild des doppelten Auftrags der Federal Reserve, für Geldwertstabilität und maximale (!) Beschäftigung zu sorgen, wird in Europa auf absehbare Zeit nicht zu Änderungen führen, obwohl die Fed in den letzten Jahren, um die richtige Gewichtung ihres Doppel-Auftrags mit einem gewissen Erfolg gerungen hat, siehe Evans (2012). Sie hatte ihr Geldwertziel 2012 erreicht, verfehlte damals ihr Beschäftigungsziel mit 8,3% Arbeitslosigkeit aber deutlich; inzwischen erreicht sie ihr Beschäftigungsziel fast vollständig, obwohl sie ihr Inflationsziel unterschritt. Sie setzte aber auch geldpolitisch hochriskante Instrumente ein (quantitative easing), die die EZB erst einsetzte, als die Federal Reserve sie schon wieder eingestellt hatte. Neuerdings kommt die geldpolitische Diskussion in den USA offenbar der Vorstellung näher, dass das Inflationsziel zu niedrig gesetzt sein könnte. Wie die FAZ am 27.08.2016 berichtete, sagte Janet Yellen, die amerikanische Notenbankpräsidentin, dazu in Jackson Hole ausdrücklich, diese Überlegungen würden von der Notenbank „aktuell nicht verfolgt, seien aber eine sorgfältige Überprüfung wert“. Das ist keine Zurückweisung dieser Gedanken, wie sie noch im Jahre 2010 vom damaligen Präsidenten der Bundesbank zu lesen war, als Blanchard forderte, ein Inflationsziel von 4% in Erwägung zu ziehen (Blanchard, 2010; Weber 2010).

Auch die EZB unterschreitet ihr Geldwertziel, braucht aber die Arbeitslosigkeit von seit Jahren über 10% nicht als ihr Problem zu betrachten, solange es beim geltenden Recht bleibt. Sie sollte sich jedoch wie alle Notenbanken, die zu niedrige Inflationsziele „erfolgreich“ verfolgt haben, fragen lassen, ob ihre Vernachlässigung des Ziels hoher Beschäftigung nicht eine wesentliche Ursache der staatlichen Konjunkturprogramme und damit des immer weiter fortgesetzten Marsches in die Staatsverschuldung gewesen ist.

Wer den Krisenländern der Eurozone eine wirtschaftspolitische Chance für mehr Beschäftigung und höhere Steuereinnahmen verschaffen möchte, sollte auf eine andere Geldpolitik setzen. Diese wird wegen der Rechtsgrundlagen der EZB-Politik nur möglich durch:

- Austritt aus der Euro-Währungsunion und Wiedereinführung einer nationalen Währung (sollte vermieden werden) oder
- Wiedereinführung einer nationalen Währung als Parallelwährung zum Euro (z.B. Drachme) oder
- Einführung eines staatlichen Nebengeldes als zusätzliches Zahlungsmittel neben dem Euro (z. B. Drachme).

Die nationale Parallelwährung

Eine nationale Parallelwährung zum Euro würde alle drei Geldfunktionen erfüllen: als Tauschmittel (zusätzliches gesetzliches Zahlungsmittel), als Wertmesser und als Wertaufbewahrungsmittel. Mit ihr könnte – wie nach einem Austritt aus der Währungsunion – eine andere Geldpolitik gemacht werden, als sie die EZB verfolgt. Der nationale Gesetzgeber kann die Ziele der Geldpolitik in Anlehnung an das Recht der USA mit maximaler Beschäftigung bei stabilen, möglichst niedrigen Inflationsraten festlegen; er kann eines oder beide Ziele selbst beziffern oder diese Aufgabe (wie die USA) der Notenbank übertragen. Die griechische Notenbank muss dabei hinsichtlich der Drachme unabhängig sein, bleibt aber hinsichtlich des Euro Teil des Systems der europäischen Zentralbanken. Ziel sollte eine höhere, aber stabile Inflationsrate der Drachme sein, um die Binnenkonjunktur zu fördern und alle brachliegenden Kapazitäten zu beschäftigen. Die höhere Inflationsrate schränkt die Wertaufbewahrungsfunktion der Parallelwährung ein und fördert dadurch ihren Einsatz als Zahlungsmittel. Bei freier Konvertibilität wird eine kontinuierliche Abwertung, die die Importe verteuert und die Exporte verbilligt, nur herbeigeführt, um die Kaufkraftparität zu wahren und soweit Auslandsschulden zurückgeführt werden müssen. Ein Abwertungswettlauf zur Exportförderung ist überflüssig, weil für die Binnenkonjunktur schon gesorgt ist.

Die Drachme wird bald überall umlaufen, wenn der Staat alle seine Inlandszahlungen 1:1 auf Drachme umstellt und Steuerzahlungen in Drachme entgegennimmt. Der Staatshaushalt wird in Drachme aufgestellt und durchgeführt. Aus den unterschiedlichen Inflationsraten ergeben sich bald für alle Waren und Dienstleistungen unterschiedliche Preise in Euro und Drachme sowie die Notwendigkeit einer doppelten Preisauszeichnung. Der Wechselkurs entfernt sich durch allmähliche Abwertung der Drachme immer weiter vom Ausgangspunkt von 1:1. In jedem Vertrag der Bürger untereinander muss die maßgebende Währung vereinbart (genannt) werden. Die Bürger, die staatliche Geldleistungen empfangen, können nur Drachme-Verträge abschließen und erfüllen. Welche Altverträge als Euro-Verträge fortbestehen und welche auf Drachme zu welchem Kurs zwangsweise umgestellt werden, muss gesetzlich geregelt werden. Differenzierte Regelungen für Inlandsverträge und für Verträge mit Auslandsbezug sind ebenso denkbar wie staatliche Ausgleichsleistungen, um insbesondere Bankbilanzen im Gleichgewicht zu halten, wenn alle Euro-Guthaben bestehen bleiben, aber die Forderungen der Banken gegen Inländer 1:1 auf Drachme umgestellt werden.

Die Parallelwährung erübrigt so wenig wie ein Austritt, Einsparungen im Staatshaushalt und Strukturformen in der Wirtschaft anzustreben. Die mit Hilfe einer eigenständigen Geldpolitik betriebene Konjunkturpolitik wird die Arbeitslosigkeit beseitigen und die Haushaltskonsolidierung erleichtern, aber einen (weiteren) Schuldenchnitt wohl nicht ersparen können (Sffo-Positionspapier, 2012). Die Beurteilung aller Maßnahmen wird durch den Verbleib in der Währungsunion, also die Beibehaltung des Euro-Maßstabes, sicherer werden und eher von Vertrauen getragen sein als bei einem Austritt.

Staatliches Nebengeld

Dieses Vertrauensargument gilt verstärkt für die Vorschläge, staatlicherseits ein paralleles Zahlungsmittel nach dem Vorbild der Regiogelder (z.B. Chiemgauer) einzuführen (Behrens, 2011 a+b; Gelleri/Mayer, 2012). Denn dann bleibt der

Euro – anders als bei einer Parallelwährung – der alleinige Wertmaßstab. Das erspart die doppelte Preisauszeichnung und vertragliche Absprachen über die anzuwendende Währung. Es erspart auch den Aufwand eines weiteren Preisindex und einer nationalen Geldwertsteuerung.

Wie bei den von den Nationalstaaten herausgegebenen Euro-Münzen genehmigt die EZB das Volumen des Nebenbargeldes und zählt es bei der Euro-Geldmenge einfach mit. Eine Vermehrung der Geldmenge ist nicht intendiert; entweder wird die Euro-Geldmenge entsprechend vermindert oder das Nebenbargeld wird nur gegen Hinterlegung (=Stilllegung) von Euro-Banknoten emittiert. Das letztere Verfahren kann als vertrauensbildende Maßnahme betrachtet werden, weil es die Möglichkeit einer Rückabwicklung des Experiments glaubhafter machen würde.

Wie mit der Parallelwährung soll auch mit dem Nebengeld Konjunkturpolitik gemacht werden, indem seine Wertaufbewahrungsfunktion spürbar eingeschränkt wird. Das Instrument dazu ist bei der Parallelwährung die (maßvolle) Manipulation der Wertmesserfunktion. Beim Nebengeld kann die Wertaufbewahrungsmöglichkeit nicht durch eine – im Vergleich zum Euro höhere – Inflationsrate eingeschränkt werden. Die Einschränkung der Wertaufbewahrungsfunktion des Nebenbargeldes muss direkt erfolgen. Dazu wurden bisher zwei grundsätzliche Möglichkeiten diskutiert:

- Der Nominalwert sinkt mit dem Zeitablauf. Man kann sich dazu auf der Rückseite jedes Geldscheins eine Tabelle nach Jahren und Monaten vorstellen, die den Restwert für jeden Monat angibt (Tabellengeld). Mit dem einzelnen Schein kann man im Laufe der Zeit immer weniger einkaufen, seine Wertaufbewahrungsfunktion ist nicht beseitigt, aber zeitlich begrenzt.
- Der Nominalwert wird durch Entrichtung einer regelmäßigen Bargeldgebühr immer wieder hergestellt (Haltegebühr, z.B. 0,5% pro Monat). Ohne Nachweis der Gebührenentrichtung durch aufgeklebte Gebührenmarken oder aufgedruckte Stempel ist das Geldstück wertlos.

Beides kann durch unterschiedliche Techniken bewirkt werden (Walker, 1952); Mankiw (2009) erwähnt den Vorschlag, nach der Endziffer der

Nummer auf dem Geldschein auszulösen, welche Scheine plötzlich ganz ungültig werden; damit sind alle Scheine mit Verlust bedroht. Heutzutage kann man auch an elektronische Lösungen denken, z. B. an Magnetstreifen in den Banknoten, die maschinenlesbare Informationen über den aktuellen Wert oder die Gebührenentrichtung tragen (Goodfriend, 2000). Die Verlusterwartung führt zu zügigen Entscheidungen über die Verwendung von Geldeinkommen und die (Wieder-)Anlage von Geldvermögen, also zu einer Verringerung der Kassenhaltung und zu einer höheren und vor allem wirklich stabilen Umlaufgeschwindigkeit des Nebengeldes. Das erleichtert die Geldmengensteuerung.

Das staatliche Nebengeld soll nur im Herkunftsland parallel zum Euro (also zusätzliches) gesetzliches Zahlungsmittel sein, d.h. die Bürger und Unternehmen können alle – auch alte – Inlandsverbindlichkeiten mit Nebengeld bezahlen. Jedermann darf mit Euro oder Nebengeld zahlen, er muss bei Inlandsgeschäften aber immer das Nebengeld anstelle des Euro annehmen. Er darf und wird es im Regelfall bevorzugt wieder ausgeben. Durch den Annahmepflicht ist die Verwendbarkeit des Nebengeldes gesichert und ein Umtausch in Euro nur für Auslandsgeschäfte oder besondere Anlagezwecke notwendig.

Das Nebengeld kommt in Umlauf, weil es der (griechische) Staat bei all seinen Inlandszahlungen (Gehälter, Renten sowie Sach- und Investitionsausgaben) ausschließlich einsetzt, aber auch annimmt, wenn seine Bürger Steuer- oder Bürgerschulden begleichen wollen. Der Euro ist und bleibt die einzige Inlandswährung, der einzige Wertmesser; alle Preise sind Euro-Preise; das Nebengeld ist nicht Währung, sondern nur Zahlungsmittel und Mittel zur – ökonomisch eingeschränkten – Wertaufbewahrung.

Der Umtausch des Nebengeldes in Euro ist rechtlich jederzeit unbeschränkt möglich, muss allerdings ökonomisch dadurch erschwert werden, dass eine Umtauschgebühr fällig wird, wenn der Umtausch bei der Notenbank vorgenommen wird. Eine Flucht in den Euro wird wohl ausreichend gehemmt, wenn die Gebührenhöhe hinter der Jahressumme der Bargeldgebühren (z.B. 6%) nicht zurückbleibt. Denn diesen Verlust wird nur

in Kauf nehmen, wer Euro für Einkäufe oder Reisen im Ausland benötigt oder Ersparnisse unbedingt in Euro anlegen oder aufbewahren (horten) will und selber keine Euro-Einnahmen aus Geschäften mit dem Ausland oder mit Touristen erzielt. Für die Abwicklung von Inlandsgeschäften ist niemand auf Euro-Bargeld angewiesen. Der Verlust durch die Umtauschgebühr ist geringer als die Abwertungsverluste bei Austritt aus der Währungsunion oder bei echter Parallelwährung. Die Notenbankgebühr wird sich als Höchstpreis für den Umtausch auswirken, weil Eurobesitzer, die Inlandseinkäufe machen wollen, selbst bei einem Überangebot an Nebengeld kein höheres Umtauschentgelt erhalten werden.

Von diesen Grundsätzen bedarf es einer Ausnahme: Alle Eurokonten bei Banken bleiben unverändert bestehen; die Bankkunden behalten den Anspruch auf Auszahlung in Euro-Bargeld; das beugt einem bank-run und Kapitalflucht vor. Dasselbe gilt für Fremdwährungskonten. Für das Nebengeld sind neue Bankkonten (Drachme-Konten) zusätzlich einzuführen, von denen nur Nebengeld (Drachme) abgehoben oder überwiesen werden kann. Viele Bürger werden auf Dauer keine Euro- oder Fremdwährungskonten brauchen und sich deren Kosten sparen, sobald sich das nötige Vertrauen in das Funktionieren des Nebengeldes gebildet hat.

Die Guthaben auf den Nebengeldkonten (Drachme-Konten) werden nicht mit staatlichen Haltegebühren belegt; diese schränken nur die Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes ein. Die Banken werden jedoch den täglich fälligen Guthaben die Haltegebühren ihrer Bargeldreserven ebenso weiterbelasten müssen wie andere Kosten der Kontenführung, zu denen auch negative Zinsen auf Drachme-Einlagekonten der griechischen Banken bei der griechischen Notenbank gehören. Die Kunden werden für ihre Guthaben also negative Zinsen hinnehmen müssen, die allerdings die Haltegebühren („negativen Zinsen“) für Bargeld nicht übersteigen können, weil die Kunden sonst in das Bargeld umsteigen würden. Die negativen Zinsen auf täglich fällige Guthaben werden zu einer steilen Zinsstrukturkurve führen, die Sparer zu mittel- und längerfristigen Anlagen motiviert, soweit das ihr überschaubarer Liquiditäts

tätsbedarf zulässt. Das wird das Bankensystem von Anstrengungen zur Fristentransformation merklich entlasten.

Übergangsrecht ist erforderlich für alte Bankkredite, wenn den Nichtbanken die Zins- und Rückzahlung in Nebengeld gestattet werden soll, weil sie in der Regel nur Nebengeldeinnahmen haben werden. Damit die Bankbilanzen nicht in eine Schieflage geraten, muss der Staat den Banken Ausgleichsforderungen zugestehen.

Ein kleiner Exkurs

Ausgangspunkt meiner Darstellung eines staatlichen Nebengeldes war das Beispiel der Regiogelder und ihrer Praxis. In den letzten Jahren wurde als Vorbild für Griechenland ein anderes historisches Beispiel eines staatlichen Nebengeldes diskutiert, nämlich die kurzzeitige Ausgabe von staatlichen Schuldverschreibungen durch den US-Bundesstaat Kalifornien, als diesem einmal die Dollarbestände ausgingen. Diese Schuldverschreibungen wurden kurz „IOU“ = I owe You (ich schulde Dir) genannt; sie lauteten auf eine bestimmte Summe Dollars und waren technisch ähnlich wie Bargeld gestückelt und ausgestaltet, so dass sie vom Empfänger bei Einkäufen als Zahlungsmittel verwendet werden konnten. Kalifornien bezahlte damit zeitweise einen Teil der Gehälter seiner Angestellten und löste sie später gegen Dollar wieder ein. Als Varoufakis noch griechischer Finanzminister war, hat er im Kabinett einen solchen Vorschlag unterbreitet, ist aber wegen der politischen Befürchtung gescheitert, das könne im Ausland als Vorbereitung des Ausstiegs aus dem Euro verstanden werden. Er verfolgte diesen Vorschlag offenbar so entschieden, dass er nach seiner eigenen Aussage deswegen entlassen wurde. Nach allem, was mir bekannt wurde, ist zu bezweifeln, dass die von Varoufakis geplante Ausgestaltung hinreichend konjunkturfördernd gewirkt hätte.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung nahm diese Debatte im Juli 2015 zum Anlass, in der taz und in der FAZ eine Anzeige zu schalten, die beschrieb, dass IOU's mit negativem Zins ausgestattet sein müssten, um konjunkturell günstig zu wirken (Sffo, 2015). Aufgegriffen wurde die-

ser Vorschlag, soweit mir bekannt wurde, leider nicht.

Schlussbemerkung

Die Idee einer Parallelwährung ist vielleicht politisch leichter vermittelbar als die eines Nebengeldes. Was eine nationale Währung ist, ist bekannt; sie ist auch Ausdruck nationaler Souveränität, die die Bevölkerung durch die wirtschaftspolitischen Diktate der Troika verletzt sieht. Da könnten sogar die Unbequemlichkeiten doppelter Preisauszeichnung und allmählicher Wechselkursänderungen hingenommen werden. Ein Nebengeld ist etwas Neues, die Idee der Haltegebühr (oder negativer Zinsen) auf Bargeld erst recht. Während gegen eine Parallelwährung spricht, dass sie als ein erster Schritt zum Austritt aus der Euro-Währungsunion missdeutet werden kann, eignet sich ein Nebengeld dafür kaum, weil es nicht über das Instrumentarium zur Geldwertsteuerung verfügt.

Eine Parallelwährung macht nur Sinn, wenn mit ihr eine andere, eine mit dem Euro konkurrierende Geldpolitik gemacht wird. Sie soll die Rezession abwenden, die durch die notwendige Sparpolitik droht. Wenn ihr das gelingt, ist der Euro (nicht die EZB, die sich an gesetzliche Vorgaben hält) blamiert und zur Nachahmung aufgefordert. Heute wird es vermutlich nicht wieder Denkverbote hageln wie seinerzeit gegen die Erwägung des IWF-Chefvolkswirts Blanchard (2010), die Inflationsziele auf 4% zu erhöhen.

Mit der Haltegebühr auf das Nebengeld soll wirtschaftspolitisch dasselbe erreicht werden. Sie ist eine geldpolitische Innovation, die zwar schon regional von Bürgerinitiativen, aber auf nationaler Ebene noch nie erprobt wurde. Wenn sie sich bewährt, kann sie – möglicherweise nur mit Zustimmung aller Euro-Länder – auch beim Euro-Bargeld eingeführt werden. Dann sind nicht nur nationale Nebengelder überflüssig, sondern auch Inflationsraten als Sicherheitsabstand von der Deflation; die EZB könnte null Prozent Inflation/Deflation ansteuern und gewährleisten. Die Festsetzung negativer Leitzinsen würde möglich, weil die durch die heutigen Eigenschaften des Bargeldes gegebene „Nullzinschranke“ in den

negativen Bereich verschoben wäre (Negativzinsschranke).

Die Umsetzung jeder dieser Ideen erfordert in dem betroffenen Land demokratische Mehrheiten und zumindest die Tolerierung durch die anderen Euro-Länder. Das wird jeweils breite Diskussionen geben, in denen die Variante des staatlichen Nebengeldes mit Haltegebühren (negativen Zinsen) nicht fehlen sollte. Es ist ein Experiment, das jederzeit abgebrochen werden kann, indem das Nebengeld gebührenfrei in Euro zurückgetauscht wird.

Literaturverzeichnis

- Behrens, Eckhard (2004): Wie viel Inflation? Zum Streit der Notenbanken um Inflationsziele, in: Fragen der Freiheit, Heft 265, S. 3-19. http://www.ebehrens.de/pdf/2004-02-16_Inflation.pdf
- Behrens, Eckhard (2010): Die Finanzkrise – Werden die richtigen Lehren gezogen?, in: Fragen der Freiheit, Heft 281, S. 30-41. http://www.sffo.de/sffo/2010-07_FdF_Lehren%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf
- Behrens, Eckhard (2011 a): Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten, in: FAIRCONOMY, Nr. 3/2011, S. 8-9. <http://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2011-3.pdf>
- Behrens, Eckhard (2011 b): Euro- oder Schuldenkrise? – Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 170/171, S. 3-9. http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-170-171_BEHRENS.pdf
- Behrens, Eckhard (2012): Staatliches Nebengeld – Ein Weg aus dem Dilemma der Konjunkturpolitik, in: Bundesverband mittelständische Wirtschaft (Hrsg.), Die Parallelwährung, Berlin 2012. <https://www.bvmw.de/der-bvmw/aufgaben-und-ziele/grundsatzprogramm/euro-krise.html>
- Behrens, Eckhard (2016): Der Euro-Leitzins ist nicht konjunkturgerecht – Sffo-Position, 4. Fortschreibung. http://www.sffo.de/sffo/2016-09-01_EZB-Leitzins_Kommentar_04.pdf
Siehe auch ZfSO Nr. 186/187 Oktober 2015, Seite 26/27.
- Blanchard, Olivier, Giovanni Dell'Ariccia and Paolo Mauro (2010): Rethinking Macroeconomic Policy, IWF SPN/10/03. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1003.pdf>
- Evans, Charles L. (2012): A Perspective on the Future of Monetary Policy, Vortrag vom 09.07.2012, S. 7ff. <https://www.chicagofed.org/~media/publications/speeches/2012/07-09-12-thailand-print-pdf.pdf?la=en>
- Gelleri, Christian und Thomas Mayer (2012): Expressgeld statt Euroaustritt. http://p24177.typo3server.info/fileadmin/media/Eurorettung/2012_02_22_Expressgeld_statt_Euroaustritt.pdf
- Goodfriend, Marvin (2000): Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, Federal Reserve Bank of Richmond, Working Paper 00-03, S. 8ff. https://www.richmondfed.org/publications/research/working_papers/2000/wp_00-3
- Mankiw, Gregory (2009): It May Be Time for the Fed to Go Negative, in: The New York Times vom 19. April 2009. http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=l&scp=22&sq=Mankiv&st=nyt
- Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (2012): Positionspapier – Ein ordnungspolitischer Dreischritt aus geordneter Insolvenz, geldpolitischer Innovation und Strukturreformen erspart Griechenland den Euro-Austritt. http://www.sffo.de/SFFO_Hellas_3-fach_aus-der-Krise.pdf
- Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (2015): Anzeige: „Nur eine geldpolitische Innovation kann Griechenland jetzt noch auf die Beine helfen“, taz 15. Juli 2015, Seite 7; FAZ 16. Juli 2015, Seite 19. – Nachgedruckt ZfSO Nr. 186-187 Seite 26. Siehe auch: http://www.sffo.de/sffo/2015-07-13_Innovative-Staatl-Schuldscheine-GR.pdf
- Stiglitz, Joseph E. (2016): The Euro – How a common currency threatens the future of Europe. W.W. Norton & Company.
- Walker, Karl (1952): Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg-Ziegelhausen. <http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/walker/tdus/>
- Weber, Axel (2010): Interview vom 06.03.2010 in der Wirtschaftswoche, Seite 24.
- Williams, John C. (2016): Monetary Policy in a Low R-star World, Federal Reserve Bank of San Francisco, Economic Letter 2016-23 vom 15.08.2016. <http://www.frbsf.org/economic-research/publications/economic-letter/2016/august/monetary-policy-and-low-r-star-natural-rate-of-interest/>
- Yellen, Janet L. (2016): The Federal Reserve's Monetary Policy Toolkit – Past, Present and Future, Jackson Hole am 26.08.2016. <http://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/yellen20160826a.htm>

Prof. Dr. Kenneth Rogoff über Silvio Gesell

„Eine Idee, die vor mehr als hundert Jahren von dem herausragenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler Silvio Gesell entwickelt wurde, ist die Zahlung kleiner periodischer Steuern auf das Bargeld, das man besitzt. Auch wenn die Idee ziemlich unpraktikabel erschien, als er sie vorschlug, wurde sie während der Weltwirtschaftskrise ausprobiert. Und dank moderner Technologien gäbe es heute viel weniger mühselige Möglichkeiten, sie umzusetzen. ... Während der Weltwirtschaftskrise waren führende Denker von John Maynard Keynes bis zu Irving Fisher von Gesells Idee sehr angetan. Sie erkannten, dass negative Zinssätze ein mächtiges Werkzeug sein konnten, um die Weltwirtschaft aus der Deflation zu befreien. ... Gesells Idee ist eine brillante Überlegung, aber sie ist nur ein Teil der Lösung.“

Der Fluch des Geldes – Warum unser Bargeld verschwinden wird, München 2016, S. 14-15, 206 und 213-218.